

Veranstaltungsankündigungen:

Angriffe auf Versammlungs- und Streikrecht in Stuttgart gemeinsam zurückweisen

In den letzten Jahren haben sich Restriktionen und Angriffe bei Demonstrationen und auf das Demonstrations- und Versammlungsrecht durch Ordnungsamt und Polizei in Stuttgart verstärkt. Sei es bei Demonstrationen am Internationalen Frauentag 2022 und 2023 oder die 1. Mai-Demo 2023 des DGB. Dies ist eine neue Entwicklung in Stuttgart, die wir analysieren müssen. Aber auch bundesweit haben die Angriffe auf das Streikrecht zugenommen. Zu diesen Themen konnten wir den bekannten Arbeitsrechtler **Prof. Dr. Wolfgang Däubler** für eine Veranstaltung in Stuttgart gewinnen.

Donnerstag, 5. Oktober 2023 um 18.30 Uhr im Gewerkschaftshaus Stuttgart, Willi-Bleicher-Straße 20, Bambussaal

Kämpfe gegen Entlassungen und Standortschließungen in der Auto- und Zuliefererindustrie

In der Automobilindustrie, insbesondere bei den Zulieferern werden im Zuge der sogenannten „Transformation“ Personal abgebaut und Standorte geschlossen. Dagegen wehren sich die Belegschaften. Die Kämpfe bei GKN in Florenz und Mosel bei Zwickau zeigen Möglichkeiten des Widerstands auf. In der Region Stuttgart mit dem Schwerpunkt Auto- und Zuliefererindustrie werden größere Veränderungen auf uns zurollen. Darauf müssen wir uns vorbereiten.

Michael Kocken: IGM Esslingen, zur Situation der Automobilindustrie in der Region Stuttgart

Benjamin Zabel: stellvertretender Vorsitzender IGM Zwickau, zum Kampf der KollegInnen von GKN in Mosel bei Zwickau

Film zu Kämpfen bei GKN in Florenz und der 2jährigen Betriebsbesetzung unter Fortführung der Produktion

Donnerstag, 2. November um 18 Uhr im Gewerkschaftshaus

Gewerkschaftstage bei IGM und ver.di

In dieser Veranstaltung wollen wir einen Blick auf die Beschlüsse dieser Gewerkschaftstage werfen, insbesondere zu den Themen Frieden, Waffenexporte und Aufrüstung. Was hat sich geändert und wie schätzen wir die Beschlüsse ein?

Montag, 4. Dezember um 18 Uhr im Gewerkschaftshaus

Wer wir sind und was wir wollen

Wir sind KollegInnen aus Metallbetrieben aus der Region Stuttgart. Wir sind gegen Verzichtspolitik, Co-Management und Standortdenken. Wir wollen eine kämpferische solidarische Gewerkschaftspolitik und eine konsequente Interessensvertretung der Kolleginnen und Kollegen. Wenn ihr Interesse an einer Mitarbeit im Metallertreff habt, nehmt mit uns Kontakt auf. Wir treffen uns ca. einmal im Monat.

Nächste Metallertreffs: 27. September, 25. Oktober, 13. Dezember jeweils Mittwochs um 18 Uhr in Bad Cannstatt, Marktstraße 61 A bei DidF

Kontakt: metallertreff@yahoo.de

Termine / Infos über uns unter: <https://vernetzung.org/category/stuttgart/>



Zukunftsforum Stuttgarter
Gewerkschaften
Metallertreff



Kampf um Arbeitszeitverkürzung wieder aufnehmen

Der Kampf um Arbeits- und damit auch um Lebenszeit hat wieder Fahrt aufgenommen. Die IG Metall hat die Viertagewoche bei vollem Lohnausgleich als Ziel für die anstehende Tarifrunde Ende des Jahres in der Stahlindustrie ausgegeben und so eine Debatte über Arbeitszeitreduzierung weit über die Branche hinaus angestoßen. Das ist gut so.

Doch um was geht es konkret? Um einen Tag weniger arbeiten, also statt 35 nur noch 28 Stunden? Weit gefehlt. Der IG Metall schwebt die Senkung der Wochenarbeitszeit von 35 auf 32 Stunden vor, also gerade mal eine Absenkung um 3 Stunden, nicht um 7 Stunden. Verbunden ist die Viertagewoche mit einer Verlängerung des Arbeitstages von 7 auf 8 Stunden. Doch ist das sinnvoll? Die Belastungen sind gestiegen. Und auch als Mittel gegen drohenden Personalabbau, sei es wegen der sogenannten „Transformation“, wegen Digitalisierung oder anderem sind die wenigen Stunden Arbeitszeitverkürzung nicht hilfreich. Um Belastungen wirkungsvoll zu reduzieren und Entlassungen zu verhindern braucht es größere Schritte zur Verkürzung der Arbeitszeit und natürlich auch nur mit vollem Lohn- und gegebenenfalls auch Personalausgleich. Die Verlängerung des Arbeitstages von 7 auf 8 Stunden ist kontraproduktiv, da dadurch die gesundheitlichen Belastungen steigen werden.

Mit einer 30-Stundenwoche – bei einer Viertagewoche ist der Effekt sowohl für Gesundheit, Belastung und Verhinderung von Entlassungen wesentlich größer und deshalb als neuer Standard anzustreben. Sinnvoll wäre eine Wahlfreiheit zwischen kürzeren Arbeitstagen und einer 4-Tage-Woche. Ein solcher Schritt kann zu vollem Erfolg werden, wenn alle Gewerkschaften für die Arbeitszeitverkürzung kämpfen und nicht nur eine einzelne Branche. Die IG Metall hat einen Stein ins Wasser geworfen und es ist an der Zeit, dass das Thema der Arbeitszeitverkürzung breit in die Gesellschaft, in alle Branchen und Betriebe getragen wird. Ein breites gesellschaftliches Bündnis für Arbeitszeitverkürzung ist notwendig, wenn der Kampf erfolgreich geführt werden soll. Umfragen und Studien zeigen seit Jahren, dass Arbeitszeitverkürzung und Viertagewoche auf große Zustimmung bei den Beschäftigten stößt, nicht nur in Deutschland, sondern europaweit. Bessere Arbeitsbedingungen wirken auch dem Fachkräftemangel entgegen, weil die Anziehungskraft für die KollegInnen für diese Bereiche zunimmt.



Das Kapital geht in die Gegenoffensive

Kaum ist das kleine Steinchen ins Wasser geworfen, bläst die Kapitaleseite zur propagandistischen Gegenoffensive. Den ersten Aufschlag machte der Präsident der „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ (BDA), Rainer Dulger, Anfang Juni. „Deutschland muss die Ärmel wieder hochkrempeln. Mit niedriger Wochen- und Jahresarbeitszeit, verkürzter Lebensarbeitszeit und zugleich sehr hohen Lohnkosten werden wir Klimawandel, Demografie und Digitalisierung nicht bewältigen“, so Dulger gegenüber der

„Bild“. Geht es nach ihm, dann müsste Deutschland sein „verstaubtes Arbeitsrecht flexibilisieren“. Er will die gesetzliche tägliche Höchstarbeitszeit am Liebsten gleich entsorgen. Die Bosse der Stahl-, Metall- und Elektroindustrie wollen vier Stunden Mehrarbeit pro Woche. Dabei geht deren Verbandschef Stefan Wolf wie selbstverständlich nicht von der tariflich vereinbarten 35-Stunden-Woche aus. Stattdessen spricht er von durchschnittlich 38 Stunden pro Woche, die auf 42 erhöht werden. Also eigentlich eine Erhöhung um 7 Stunden.

Auch die Angriffe auf die Lebensarbeitszeit nehmen wieder Fahrt auf. Für Dulger ist die Rente mit 70 Jahren längst kein Tabu mehr. Und auch 72 Jahre ist immer mal wieder zu hören. Auch die frühere Rente nach 45 Beitragsjahren soll rückgängig gemacht werden, so wünscht es sich CDU-Politiker Jens Spahn.

Die Gewerkschaften müssen diese Angriffe auf die (Lebens-)Arbeitszeit entschieden zurückweisen und den Kampf für die 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und ggfs. Personalausgleich sowie für die abschlagsfreie Rente mit 60 Jahren konsequent aufnehmen.

Sterberisiko steigt bei längerer Lebensarbeitszeit

Vier Tage bei vollem Lohnausgleich arbeiten: ein Traum oder doch umsetzbar? Entspannter und glücklicher würden die Beschäftigten sein und daher sogar produktiver, argumentieren die Befürworter. Zu teuer, sagen die Gegner. Die bisher größte Studie zur Vier-Tage-Woche gibt den Befürwortern recht. Nach einem sechsmonatigen Pilotprojekt in Großbritannien wollen mehr als 4 von 5 der beteiligten Firmen an dem Konzept festhalten. Das Pilotprogramm, das von »4 Day Week Global« gemeinsam mit der Denkfabrik »Autonomy« durchgeführt wurde, umfasste über 60 Unternehmen und befragte fast 3.000 Beschäftigte. Durchschnittlich stieg der Umsatz der beteiligten Unternehmen den Forschern zufolge während der Testphase in der 2. Hälfte 2022 um 1,4 %. Die Krankheitstage gingen während des Testzeitraums um zwei Drittel zurück und die Zahl der Angestellten, die in dieser Zeit das Unternehmen verließen, fiel um mehr als die Hälfte. **Rund 4 von 10 Beschäftigten gaben an, sich weniger gestresst zu fühlen als vor Beginn des Projektes.**

Konzertierte Aktion für Inflationsausgleich nützt Kapital

In der Konzertierte Aktion kommen Vertreter*innen des Kapitals, der Regierung und die Gewerkschaftsspitzen zusammen. Es gibt keine Abstimmungen, sondern es wird ein Gesamtpaket ausgehandelt, das von allen mitgetragen werden soll. Teil dieses Pakets war die Inflationsausgleichprämie in der Tarifrunde 2022/23. Alle folgenden Abschlüsse, die nach dem Treffen der „konzertierte Aktion gegen den Preisdruck“ im Oktober 2022 vereinbart wurden – sei es in der Chemie- oder Metall- und Elektroindustrie, bei der Post, im Öffentlichen Dienst, bei der Bahn – griffen die sogenannte Inflationsausgleichsprämie auf, vereinbarten tabellenwirksame Erhöhungen weit unter der Inflationsrate, hatten viele Nullmonate (bis zu 15 Nullmonate) bis zur ersten Tabellenerhöhung, sowie lange Laufzeiten von zwei Jahren und mehr. **Die Beschlüsse der Konzertierte Aktion dienten dazu, die Reallohne nach unten zu drücken und nachhaltige Tabellenerhöhungen zu verhindern.** Das führt zu weiteren Reallohnverlusten. Die Gewerkschaftsspitzen haben einem Deal zugestimmt, bei dem klar gewesen sein muss, dass er die aufgestellten Tarifforderungen torpedieren musste: Netto statt Brutto, Prämie statt Tabellenerhöhung, negative Auswirkungen auf die Sozialversicherung und zwangsläufig längere Laufzeiten. **Zu keinem Zeitpunkt gab es innerhalb der Gewerkschaften eine Diskussion über die Beteiligung an der Konzertierte Aktion und der Inflationsprämie.** Es gibt kein einziges

schriftliches Dokument, das die Auswirkungen, die Vor- und Nachteile untersucht. Stattdessen wurde es der Gegenseite überlassen, die Inflationsprämie in die Verhandlungen einzubringen, dann wurde sie erstmal mit großen Worten zurückgewiesen, um dann plötzlich mit akzeptiert zu werden, wobei dann oft noch der Basis die Schuld gegeben wurde, sie habe das gewollt. Natürlich diene auch die Inflationsprämie dazu, die Abschlüsse gewerkschaftsintern schönzurechnen. Der von den Gewerkschaften zugestandene Lohnverzicht muss in den nächsten Tarifrunden ausgeglichen werden. Dafür ist es nötig, dass wir uns an der Basis frühzeitig für eine hohe Forderung stark machen und von vornerein demokratische Diskussion und Entscheidung angefangen auf der betrieblichen Ebene und innerhalb der gewerkschaftlichen Strukturen durchsetzen.

Mahle-Aktionstag in Neustadt



Foto: Mahle-Aktionstag am 23. Juni in Neustadt

Ende Juni kamen mehrere Hundert Mahle-KollegInnen aus einem halben Dutzend Standorten zum Mahle-Aktionstag nach Neustadt. Denn dort soll das Werk auf kaltem Weg beerdigt werden. „Es werden keine neuen Aufträge platziert und selbst bestehende Liefermengen werden reduziert. Produktionsverlagerung auf die ganz miese Art. Wenn die Geschäftsführung nicht mal Verhandlungen anstrebt - bei denen sie in der Vergangenheit die Belegschaft oft genug erpresst hat - muss man das Schlimmste befürchten. Die Opfer sollen wieder die sein, mit deren Arbeit Behr und Mahle Jahrzehnte lang fett Geld gemacht haben,“ so heißt es in der Betriebszeitung „Mahle-Solidarität“. Es war höchste Zeit, dass die Beschäftigten vors Tor gegangen sind, und dass Kolleginnen und Kollegen von den anderen Mahle-Werken, der Gesamtbetriebsrat und Vertreter der IG Metall dabei waren. Nur so kann der Druck erhöht werden, nur gemeinsam können Werksschließungen verhindert werden.

Tatsächlich hat die Konzernleitung in Neustadt nach der Kundgebung entschieden, Aufträge für BMW USA in Neustadt fertigen zu lassen. Dabei handelt es sich um Kühler für die X-Reihe, für die dort das Fertigungsvolumen erhöht wurde. Das ist nur eine scheinbare Rettung für das Werk und nicht zukunftsträchtig. Diese Aufträge können jederzeit wieder wegfallen. Zudem sind diese Autos echte Klima-Killer!

Aber die Zeit kann genutzt werden, um echte Alternativen zu entwickeln – von der Belegschaft gemeinsam mit der Klimabewegung, falls von der Geschäftsführung nichts kommt – und um den Widerstand gegen den nächsten Angriff vorzubereiten!